

APA238 5 II 0202

21. Aug 03

Evangelische Kirche will keinen Gottesbezug in der Verfassung**Utl.: Evangelischer Oberkirchenrat: Gott ist kein Jenseits-Joker für die Orientierung suchende Politik**

Wien (APA) - Die evangelische Kirche lehnt einen Gottesbezug in der österreichischen Verfassung ab. Das haben am Donnerstag die beiden evangelischen Oberkirchenräte Michael Bünker und Robert Kauer in einer Pressekonferenz mitgeteilt. Man verwehre sich gegen eine Vereinnahmung durch den Staat, die Gott zu einem "Jenseitsjoker", einem "austauschbaren Vokabel für jede Suche nach Sinn" machen würde, so Bünker. Im Jänner diesen Jahres hatte Nationalratspräsident Andreas Khol (V) den Vorschlag eingebracht, der österreichischen Verfassung eine Präambel mit Gottesbezug voranzustellen.

Für die evangelische Kirche gelte das Prinzip der "Eigenverantwortung der Bürger", betonte der Oberkirchenrat. "Jeder muss seine Taten irgendwann vor einer Instanz verantworten, aber die kann nicht der Staat sein", stellte er fest. Die Präambel einer Verfassung sei vergleichbar mit der Ouvertüre einer Oper: Sie kündige an, was Programm sei, und das würde viele Menschen ausgrenzen, warnte der Bünker.

Sein Kollege Kauer wies besonders auf die historischen Gründe hin, die seiner Ansicht nach gegen einen Gottesbezug in der Verfassung sprechen. Während des Austrofaschismus wurden evangelische Gläubige diskriminiert. Die Verfassung des Ständestaates hatte eine Präambel mit Gottesbezug. "Die besondere Geschichte Österreichs bedarf einer besonderen Sensibilität", Gott stehe über der Verfassung, so Kauer. Darüber hinaus gäbe es in pluralistischen Gesellschaften kein "allen zumutbares religiöses Erbe".